

V0285/23

## Verkaufsoffene Sonn- und Feiertage

### Verkaufsoffene Sonntage/Feiertage für das Jahr 2024 (V0255/23)

-Antrag der AfD-Stadtratsfraktion vom 07.03.2023-

### Verkaufsoffene Sonn- und Feiertage für 2023 und 2024 (V0278/23)

-Gemeinschaftsantrag der Stadtratsfraktionen und -gruppierungen CSU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, UWG und FDP/JU vom 17.03.2023-

### Regelung für einen verkaufsoffenen Sonn-/Feiertag in 2023 (V0279/23)

-Antrag der FW-Stadtratsfraktion vom 17.03.2023-

## Stellungnahme der Verwaltung

(Referenten: Prof. Dr. Georg Rosenfeld, Dirk Müller)

**Stadtrat vom 28.03.2023**

*Der Antrag der AfD-Stadtratsfraktion V0255/23, der Gemeinschaftsantrag der Stadtratsfraktionen und – gruppierungen CSU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, UWG und FDP/JU V0278/23, der Antrag der FW-Stadtratsfraktion V0279/23 und der Antrag der Verwaltung V0285/23 werden gemeinsam diskutiert und behandelt.*

Oberbürgermeister Dr. Scharpf stellt fest, dass das Thema der Verkaufsoffenen Sonntage in Ingolstadt auch im Hinblick auf die Vergangenheit nicht einfach sei. Die Einteilung in Gut und Böse in der Debatte sei nicht zielführend, appelliert er. Denn niemand, der gegen die Verkaufsoffenen Sonntage sei, sei per se gegen die Unterstützung der Innenstadt. Nach der letzten Stadtratsdebatte hätten sich mehrere Parteien zusammengetan und darauf verständigt, eine Lösung für das Jahr 2023 zu finden und einen Weg für 2024 und die darauffolgenden Jahre aufzuzeigen. Hierfür müsse er u. a. seinen Respekt an Stadtrat Ettinger aussprechen, da sich dieser extrem bemüht habe, einen Kompromiss zu finden. Bei dieser Verständigung seien auch Stadträte dabei gewesen, die aus bekannten Gründen solch einem verkaufsoffenen Sonntag überhaupt nicht zustimmen könnten, jedoch zusammen eine Lösung finden wollten. Das Ergebnis seien ein Gemeinschaftsantrag, der für das Jahr 2023 den 24.09.2023 vorsehe, und ein Antrag mit dem Ziel, nach der Sommerpause zu einer Entscheidung für 2024 und die folgenden Jahre zu kommen. Des Weiteren lägen noch zwei weitere Anträge, einer der Freien Wähler und einer der AfD-Stadtratsfraktion, vor.

Es sei ein sehr positives Erlebnis gewesen, dass man aufeinander zugegangen sei und sich zusammengesetzt habe, um eine Lösung im Sinne der Innenstadt für 2023 zu finden, betont Stadtrat Ettinger und teilt mit, dass er seine Zustimmung und die der Ausschussgemeinschaft FDP/JU zur Sitzungsvorlage signalisiere. Er beantragt eine getrennte Abstimmung bei der Vorlage.

Die SPD-Stadtratsfraktion sei in diesem Punkt geteilter Meinung, erklärt Stadträtin Peters. Ihr sei wichtig, die Personen, die der Vorlage nicht zustimmen könnten, nicht zu verurteilen. Man habe einen bekannten Gewerkschaftler, der für verkaufsoffene Sonntage sei. Sie selbst sei Unternehmerin und jahrelang Innenstadthändlerin und bis heute dagegen gewesen. Allerdings habe sie ihre Meinung geändert. Im Jahr 2007 sei sie mit dabei gewesen, als eine Allianz gegen die verkaufsoffenen Sonntage unterschrieben wurde. Jedoch könne man seine

Meinung ändern. Die Innenstadt stehe im Moment unter Druck. Das sei früher eine andere Zeit gewesen. Wenn die Innenstadthändler meinten, dass ihnen die verkaufsoffenen Sonntage helfen würden, dann sollte man dies auch mit gutem Gedanken und Zuversicht unterstützen, findet Stadträtin Peters. Sie stehe dem Innenstadtprozess positiv gegenüber. Jedoch müssten alle an einem Strang ziehen und an die Sache glauben. Fünf Mitglieder der SPD-Stadtratsfraktion würden dafür und vier dagegen stimmen, so Stadträtin Peters.

Stadträtin Bulling-Schröter teilt mit, dass sie gegen die Vorlage stimmen werde. Für sie sei der Beschluss der letzten Stadtratssitzung zu diesem Thema klar und gut begründet gewesen. Die nachträgliche Diskussion u. a. über das eventuell falsch ausgezählte Abstimmungsergebnis, die übergreifige Debatte im Donaukurier und dass die Stadträte, die dagegen gestimmt hatten, die Böse seien, habe sie sehr seltsam gefunden. Sie betont, dass die Stadtratsgruppe DIE LINKE die Aufwertung der Innenstadt im Sinn habe. Sie vermisse jedoch die Debatte darüber, wie mit den hohen Mieten in der Altstadt umgegangen werden sollte. Schließlich sei dies mit ein Grund, weswegen viele Geschäfte ihren Standort aufgäben. Gerade kleine Geschäfte könnten sich die hohen Mieten nur sehr schwer leisten. Hinsichtlich des im Donaukurier angesprochenen Aspekts, dass die Innenstadt nicht durchs Familienshopping am Feiertag belebt werde, könne man geteilter Meinung sein. Die Stadtratsgruppe DIE LINKE werde dieser Vorlage nicht zustimmen, stellt Stadträtin Bulling-Schröter klar und führt weiter aus, auch über den Kommerz oder weitere Gründe für die verkaufsoffenen Sonntage zu sprechen. Jede Stadt habe ein Problem mit dem immer mehr steigenden E-Commerce und müsse sich deswegen Maßnahmen überlegen. In der Gesellschaft gebe es den Wertewandel, Dinge im Internet zu bestellen, der unumkehrbar sei.

Stadtrat Dr. Spaeth schließt sich der Meinung seiner Vorrednerin an und meint, dass auch er sich andere, schönere Aktivitäten mit der Familie vorstellen könne, als an einem Feiertag shoppen zu gehen. Er stellt einen Änderungsantrag zu Punkt 2 der Sitzungsvorlage und bittet darum, das kostenfreie Parken zu streichen. Es sei nicht sinnvoll, das bereits jetzt behandeln zu lassen und stelle ein falsches Signal dar, wenn man über Klimaschutz und Nachhaltigkeit diskutiere. Es sei sinnvoller, kostenfreien ÖPNV anzubieten oder die Leute zu motivieren, mit dem Fahrrad in die Innenstadt zu kommen, so Stadtrat Dr. Spaeth. Zwar seien die Kosten zu vernachlässigen, aber es gebe auch das Cityticket, das jederzeit eingesetzt werden könne.

Die Positionen seien, seitdem er Mitglied im Stadtrat sei, in den Sitzungen bereits mehrfach ausgetauscht worden, stellt Stadtrat Lange fest. Deswegen stelle er den Antrag, die Rednerliste zu schließen und das Thema heute abzuschließen.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf lässt über die Geschäftsordnungsantragsänderung „Ende der Rednerliste“ seitens Stadtrat Lange abstimmen, welche die Mehrheit findet.

Stadtrat Mißbeck äußert, dass er hinsichtlich der verkaufsoffenen Sonntage durchaus Öffnungsbedenken habe. Letztlich sei dies der einzige Tag in der Woche, an dem die Familie gemeinsam Mahlzeiten einnehme und Zeit vorhanden sein, in der die Jugend Familiensinn entwickle und sich das Zusammengehörigkeitsgefühl erhalte und weiter forme. Der Sonntag müsse deswegen so erhalten bleiben. Mittlerweile diskutiere man über sinnvolles und gesundes Mittagessen an Schulen, weil die Kinder, bedingt durch die Arbeit beider Elternteile, nicht zu Hause sein könnten und über den Sinn und den Zeitaufwand von Sozialpädagogen, die den Jugendlichen in der Schule und im Jugendzentrum ihre Hilfe anböten und die immer mehr benötigt würden. Außerdem habe man in der heutigen Stadtratssitzung die Prävention in der Schule behandelt. Als Bürger der älteren Generation könne Stadtrat Mißbeck sagen, dass der Sonntag als Feiertag gerade wegen des zusammengedrängten Alltags guttue. Heutzutage werde zwar über kürzere Arbeitszeiten gesprochen, jedoch bleibe die zunehmende Intensität der Technologieentwicklungen und der IT-Beanspruchung. Auch die Zahl der psychisch Erkrankten, z. B. das Burnout-Syndrom, steige. Dies sei besorgniserregend. Stadtrat Mißbeck teilt mit, dass er Gespräche mit

Ingolstädter Mittelständlern geführt habe und schlägt deswegen vor, die Öffnungszeiten sowohl für die Geschäfte im Westpark als auch für die in der Innenstadt so zu gestalten, dass diese unter der Woche von 09:00 bis 20:00 Uhr und am Samstag von 08:00 Uhr oder 09:00 Uhr bis 15:00 Uhr gingen. Dies wäre vielleicht eine Möglichkeit, die Anwesenheit in den Geschäften auf diese Tage ordentlich zu verteilen. Damit werde dem Sonntag Zeit gegeben, der Familiensonntag zu sein. Dieses Thema werde bereits seit 10 oder 15 Jahre diskutiert und man könne nicht jedes Jahr evaluieren, ob sich der verkaufsoffene Sonntag rentiert habe und wie man es das folgende Jahr regeln wolle. Die Geschäfte benötigten hierfür Klarheit. Man müsse sich zu diesem Thema nochmal genauer beratschlagen, findet Stadtrat Mißbeck. Er könne sich nicht vorstellen, heute ein einheitliches Ergebnis zu erzielen.

Stadtrat Stachel spricht einen Dank an Stadtrat Ettinger und alle anderen, die sich an der Gesprächsrunde beteiligt hätten, aus. Die FW-Stadtratsfraktion trage den Konsens, der gefunden wurde, nicht mit, da man andere Auffassungen über die Bewertung der Folgejahre habe. Die Fraktion werde den 24.09.2023 mehrheitlich mittragen, so Stadtrat Stachel. Er selbst werde jedoch nicht mitstimmen. Die Entscheidung für die Folgejahre, 2024 und fortfolgende, sollte aus Sicht der FW-Stadtratsfraktion auf keinen Fall vor dem Verstreichen des 24.09.2023 fallen. Denn es sei nicht sinnvoll, im Juli eine Entscheidung zu treffen, ohne auf die Erkenntnisse, die man zwei Monate später gewinne, zurückgreifen zu können. Einen zweiten Schritt vor dem ersten zu machen, mache keinen Sinn, erklärt er, zumal keine Zeitnot herrsche. Im Oktober eine Entscheidung für das Jahr 2024 zu treffen, sei auch für die Gewerbetreibenden rechtzeitig. Deswegen gebe es seitens der FW-Stadtratsfraktion einen eigenen Antrag.

Stadtrat Köstler teilt mit, dass die ödp-Stadtratsgruppe gegen die Vorlage stimmen werde und stimmt Stadträtin Bulling-Schröter zu. Die Innenstadtbelebung erzwingt nicht automatisch einen verkaufsoffenen Sonntag als Reaktion darauf, sondern man müsse Einflussmöglichkeiten schaffen, wie z. B. das Kaufhofgebäude kaufen. Er müsse Stadträtin Peters in der Hinsicht widersprechen, dass das Programm durchaus noch Potenzial habe. Dies sollte eigentlich der Ansatzpunkt sein, um die Innenstadt wieder zu beleben.

Der verkaufsoffene Sonntag sei durchaus ein Familientag, da für Groß und Klein etwas geboten sei, stellt Stadtrat Bannert entgegen der Aussage von Stadträtin Bulling-Schröter klar. Als Beispiel nennt er den verkaufsoffenen Sonntag in Vohburg, der zuletzt sehr gefragt gewesen sei. Er selbst könne aus Erfahrung sprechen, dass er mit der Familie und seinen Enkelkindern gerne bei verkaufsoffenen Sonntagen in der Stadt sei. Im Weiteren bezieht sich Stadtrat Bannert auf den Wortbeitrag von Stadtrat Dr. Spaeth, den Punkt „kostenfreies Parken“, zu streichen. Natürlich wolle man, dass die Bürger kostenlos mit dem Bus fahren können oder mit dem Rad in die Stadt kämen. Allerdings sei der verkaufsoffene Sonntag nicht nur für die Ingolstädter, sondern für die ganze Region 10 und darüber hinaus, damit diese sähen, wie schön Ingolstadt mit seinen Geschäften und Cafés sei und damit sie wiederkämen. Die Anträge zu den verkaufsoffenen Sonntagen seien von ihm selbst, einer bereits im Oktober 1999, dann am 30.01.2023 und nun am 07.03.2023 gestellt worden, erinnert er. Nach der negativen Abstimmung habe die AfD-Stadtratsfraktion erneut einen Antrag gestellt. Die Fraktion sei die Erste gewesen, die einen Antrag dazu gestellt habe. Sie begrüße es, dass auch die anderen Stadtratsfraktionen und -gruppen nun auf den „AfD-Zug“ zum Thema Verkaufsoffene Sonntage aufspringen, betont Stadtrat Bannert. Dies sehe man schließlich am Gemeinschaftsantrag. Die AfD-Stadtratsfraktion stimme der Verwaltungsvorlage, die ab dem Jahr 2024 von mehreren verkaufsoffenen Sonntagen spricht, zu. Dies entspreche auch dem Antrag der AfD-Stadtratsfraktion. Er begrüßt es, dass selbst in diesem Jahr noch solch ein Sonntag stattfinden solle. Dass das von der Fraktion beantragte kostenfreie Parken und Busfahren mitbehandelt werden solle, freue die AfD-Stadtratsfraktion sehr, betont er.

Stadtrat Ettinger entgegnet an seinen Vorredner gewandt, dass man nicht auf den AfD-Zug aufgesprungen sei. Der Gemeinschaftsantrag sei zustande gekommen, nachdem das letzte Mal ein Antrag der Jungen Union und der FDP knapp die Mehrheit verfehlt habe und der Eindruck bei vielen Vertretern aus dem Stadtrat entstanden sei, dass dieses Abstimmungsergebnis nicht den Willen des Stadtrates widerspiegle.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf teilt mit, dass er über die Ziffer 1 des Antrags der FW-Stadtratsfraktion (V0279/23) und den Gemeinschaftsantrag der Stadtratsfraktionen und -gruppierungen CSU, SPD, Bündnis90/Die Grünen, UWG und FDP/JU (V0278/23) nicht extra abstimmen lasse, da diese in Ziffer 1 des Antrags der Verwaltung (V0285/23) eingeflossen sind.

Sodann ergeht folgende Beschlussfassung:

Getrennte Abstimmung über den Antrag der FW-Stadtratsfraktion (V0279/23):

2. Die Verwaltung der Stadt Ingolstadt erarbeitet zum Jahresende 2023 eine Vorlage für je einen verkaufsoffenen Sonn- / Feiertag in 2024, 2025 und 2026.

Mit 4 : 43 Stimmen:

Die Ziffer 2 des Antrags wird abgelehnt.

3. Bei der Erarbeitung unterschiedlicher Vorschläge, die zur Abstimmung vorgelegt werden, sind die Erfahrungen der vergangenen Jahre (03.10.) und des verkaufsoffenen Sonntags vom 24.09.23 einzubeziehen, um den Stadträtinnen und Stadträten der Stadt Ingolstadt eine gute, sachlich fundierte und gesamtgesellschaftlich reflektierte Entscheidung zu ermöglichen.

Mit 4 : 43 Stimmen:

Die Ziffer 3 des Antrags wird abgelehnt.

Abstimmung über den Antrag der AfD-Stadtratsfraktion (V0255/23):

Mit 4 : 43 Stimmen:

Der Antrag wird abgelehnt.

Abstimmung über den mündlichen Änderungsantrag der Bündnis90/DIE GRÜNEN zum Antrag der Verwaltung (V0285/23), die Ziffer 2 nicht weiterzuverfolgen:

Mit 12 : 35 Stimmen:

Der Änderungsantrag wird abgelehnt.

Getrennte Abstimmung über den Antrag der Verwaltung (V0285/23):

1. Die Verwaltung übernimmt den Gemeinschaftsantrag der Stadtratsfraktionen und -gruppierungen CSU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, UWG und FDP/JU vom 17.03.2023 als eigenen Antrag.

Mit 37 : 10 Stimmen:

Die Ziffer 1 des Antrags wird genehmigt.

2. Mit einer Stadtratsvorlage der Verwaltung zum Erlass einer Verordnung für einen verkaufsoffenen Sonntag am 24.09.2023 wird in Abstimmung mit der IFG und der VGI auch die Frage kostenfreien Parkens und Busfahrens behandelt.

Mit 13 : 34 Stimmen:

Die Ziffer 2 des Antrags wird abgelehnt.